

 **Bundesministerium**  
Klimaschutz, Umwelt,  
Energie, Mobilität,  
Innovation und Technologie

[bmk.gv.at](https://www.bmk.gv.at)

BMK - IV/ST1 (Kraftfahrwesen)  
[st1@bmk.gv.at](mailto:st1@bmk.gv.at)

**Mag. Wolfgang Schubert**  
Sachbearbeiter/in

[wolfgang.schubert@bmk.gv.at](mailto:wolfgang.schubert@bmk.gv.at)  
+43 (1) 71162 65 5529  
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien  
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu  
richten.

An  
Begutachtungsverteiler extern

Geschäftszahl: 2021-0.078.310

Wien, am 11. März 2021

## 21. FSG-Novelle+Änderung der StVO 1960 (Schnellfahrerpaket), Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übermittelt in der Beilage den Entwurf einer 21. Novelle zum Führerscheingesetz einer Novelle der Straßenverkehrsordnung 1960 samt Erläuterungen mit der Bitte um Stellungnahme bis

**20. April 2021.**

Es wird ersucht, Stellungnahmen mittels elektronischer Post an die Adresse „[st1@bmk.gv.at](mailto:st1@bmk.gv.at)“ zu senden. Sollte bis zum oben angeführten Termin eine Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass der Entwurf dieser Novellen keinen Anlass zu einer Äußerung geben.

Für die Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund ergeht der Hinweis, dass die gegenständliche Übermittlung gleichzeitig als Versendung aufgrund des Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist. Innerhalb der oben genannten Frist kann gemäß Art. 2 dieser Vereinbarung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie das Verlangen gestellt werden, dass im Konsultationsgremium

GZ. 2021-0.078.310

Verhandlungen über die durch dieses Vorhaben im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben einschließlich zusätzlicher Personalkosten aufgenommen werden.

Beilage

Für die Bundesministerin:

Dr. Wilhelm Kast